

In Ihrem Buch „Der europäische Landbote – Die Wut der Bürger und der Friede Europas“ (2012) plädieren Sie für ein Europa der Regionen. Ist das Wort sechs Jahre später nicht arg gerupft und mit Blick auf die Nationalismen in Ungarn oder Polen unrealistisch?

Was ich arg gerupft finde, sind die Begriffe „realistisch“ und „pragmatisch“. Waren die Männer und Frauen, die nationalen Staats- und Regierungschefs, die im letzten Jahrzehnt in europapolitischer Verantwortung standen, Träumer, Utopisten, Spinner? Nein, sie waren Pragmatiker, sie machten, was sie für Realpolitik hielten. Das Ergebnis: Krisen und verunsicherte Bürgerinnen und Bürger. Die Realisten hatten sich noch am 8. November 1989 nicht vorstellen können, dass die Berliner Mauer fällt, und schon gar nicht, dass die Sowjetunion implodiert. Aber wirklich völlig irre ist, dass sie diese Lehre der Geschichte nicht angenommen haben: Es ist morgen mehr möglich, als du heute für realistisch hältst. Selbst hochgebildete Menschen, pensionierte Hofräte in Wien oder Abonnenten deutscher Intelligenzblätter verstehen die einfachste Lehre aus der Geschichte nicht: dass alles, was einen Anfang hat, irgendwann ein Ende hat. Dass die eigene Zeitgenossenschaft nicht Höhepunkt und Ende der Geschichte darstellt, sondern dass es danach weitergeht und mit Sicherheit anders wird. Und dass eben auch Demokratie Modelle untergehen. Deswegen stirbt die Idee der Demokratie nicht, es bildet sich nur ein neues Demokratie Modell heraus.

Aber zunächst haben Sie Brüssel in Essays und Reden besungen. Sein Besonderes. Seine unentdeckten Tugenden. Hat es Sie verblüfft, als Sie das Ausmaß Ihrer Brüssel-Begeisterung erkannten?

Nein. Ich habe nie die Augen verschlossen vor dem, was schief läuft. Die Europäische Gemeinschaft und Brüssel als ihre Chiffre – das hat sich ja in unser aller Köpfe festgesetzt, und was ich zunächst gelernt habe, ist banal und war noch kein Grund für Euphorie: Das Ding ist nicht abstrakt, sondern menschengemacht, und alles Menschgemachte muss man erzählen können. Was mich begeistert hat, war sozusagen der Sui-generis-Faktor. Eine Bürokratie wie die europäische in Brüssel hat es noch nie gegeben: Hier arbeiten Menschen, die keinen Eid auf einen Staat, sondern auf eine Idee geleistet haben! Überlegen Sie, was das bedeutet! Menschen, die drei bis fünf Sprachen können, hochqualifizierte Absolventen von Top-Universitäten sind, ganz unterschiedliche kulturelle Prägungen haben und sehr viel aufgeben – Heimat, Familie, sozialen Kontext, das Leben in der eigenen Sprache und Kultur. Und es hat mich erstaunt, wie spartanisch die Büros sind, in denen sie sitzen, und wie schlank diese Brüsseler Bürokratie ist. Es gibt keine Zivilisation ohne Bürokratie, und wenn man das akzeptiert, dann muss man anerkennen, dass in Brüssel eine Bürokratie in neuer historischer Qualität entstanden ist.

Sie ist immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, weltfremd zu sein.

Weltfremd ist diese Kritik. In der Kommission sitzen nicht Beamte, die abgehoben von der Realität irgendwas Verwickeltes aushecken. Nein, sie machen, wofür sie von den Mitgliedsstaaten Auftrag und Kompetenz bekommen. Die Nationalstaaten schaffen an, die Beamten müssen liefern,

Ersteig mit mir den Riesenfugengipfel

Wandern, zuhören, singen bei den hochambitionierten Appenzeller Bachtagen

TEUFEN, 21. August
Johann Sebastian Bach hat weder Hochgebirge noch moderne Konzertflügel erleben können. Doch wenn sich Angela Hewitt in die Welt des „Wohltemperierten Klaviers“ hineinarbeitet, scheint ein neues beides plausibel: Da erhält, was zunächst rationalistisch und strukturell orientiert daherkommt, zunehmend eine kahle, felsige Größe, und bei den Riesenfugen in a- oder h-Moll beispielsweise sieht man sich auf schauerlich schöne Weise in tiefe Abgründe zwischen gigantischen Klangblöcken hineingepresst.

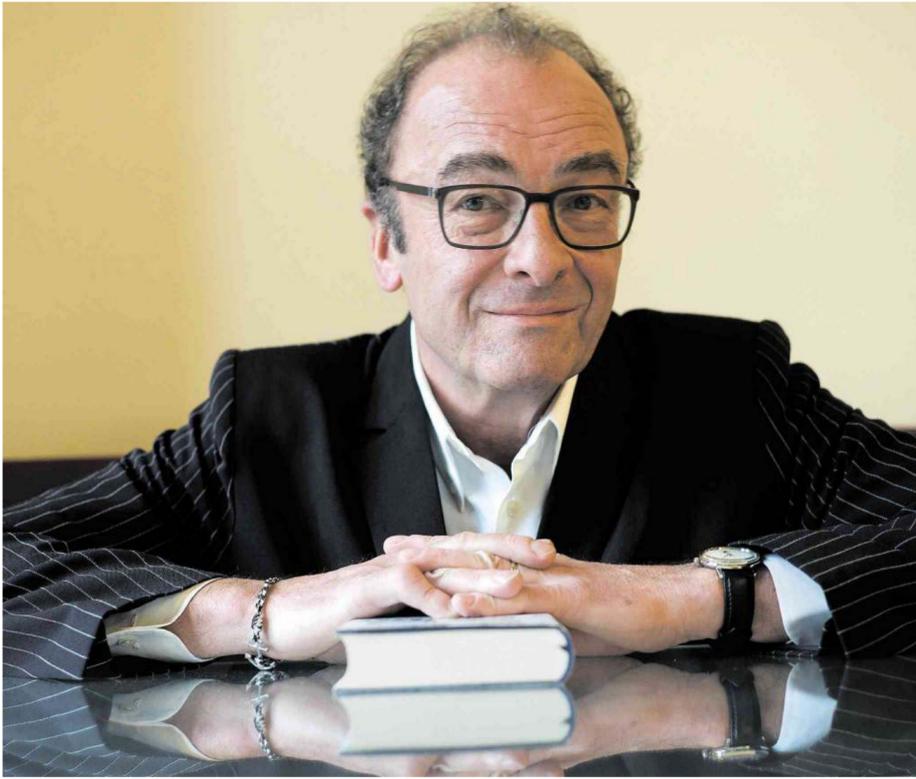
Beeindruckend war das, aber auch ein besonderer Ton im Rahmen der dritten Appenzeller Bachtage, die sich ansonten in Interpretation und Umfeld auf einen menschenfreundlich erwärmenden, nahbaren Bach ausgerichtet hatten. Dass er dies in seiner realen, bürgerlich-kantoralen Existenz höchstwahrscheinlich nicht man wohl als Kompliment an das kleinere, viel jüngere und vorerst im Zweijahresrhythmus geplante Schweizer Schwesterfestival lesen.

Zumal dessen Mutterboden ein besonderer ist: Die Glaubensgeschichte des Appenzeller Landes ist wie die des nebenan liegenden (partiell in den Veranstaltungsräumen einbezogenen) St. Gallen teils katholisch, teils evangelisch-reformiert, aber nicht lutherisch geprägt. Es gibt keine vergleichbaren Traditionslinien kirchlicher Bachpflege wie im mitteleuropäischen Raum. Und das Projekt, im zehnhundert Nordosten der Schweiz zwischen Bodensee und Alpenrand, 2006 eine Bach-Stiftung zu installieren mit dem Ziel, innerhalb von zwanzig Jahren das gesamte Vokalwerk des Thomaskan-

Ein Gespräch mit dem EU-Enthusiasten Robert Menasse

Nie wieder Realismus!

Unser Kontinent muss Ernst machen mit seiner eigenen Idee:
Über die Vorzüge eines vielfältigen Europas der Regionen



Es geht nicht um einen Bund von Nationalstaaten, es geht um eine Republik: Der Schriftsteller Robert Menasse

Foto Frank Röth

und wenn Proteste in den Nationalstaaten anschwellen, sagen die nationalen Regierungschefs und Minister mit zynischem Bedauern: „Was sollen wir machen? Es ist die EU!“ Umgekehrt: Wenn die Kommission Vorschläge macht, werden sie regelmäßig von den Nationalstaaten zurückgewiesen. Ein Papier der Kommission, das erwartungsgemäß im Rat zerrissen wird, heißt intern Märtyrer-Papier. Zum Beispiel hat die Kommission seit 25 Jahren darauf gedrängt, dass eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik beschlossen wird. Lauter Märtyrer-Papiere. Und jetzt haben wir das Chaos. Die nationalen Politiker, die mit ihren Vetos eine vernünftige Gemeinschaftspolitik verhindert haben, sagen jetzt: Die EU funktioniert nicht. Also macht jeder, was er will, und das ist der Grund, warum nichts funktioniert.

Zum Beispiel?

Der Nationalstaat ist jedenfalls kein Garant für Demokratie! In der Geschichte der Nationalstaaten hat es längere Phasen

autoritärer Systeme gegeben als rechtsstaatliche Verhältnisse, und der Wettkampf der Nationen führte zu Imperialismus, Kolonialismus und Sklaverei in anderen Weltteilen, als Basis für den Reichtum der Nationen, die sich ein Parlament leisteten – zu Hause! Nein, der Nationalstaat garantiert nicht Demokratie, er garantiert nur Nationalismus. Auf die Gegenwart bezogen: Es hat doch keinen Sinn, sich an das Modell Nationale Demokratie zu klammern, wenn die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind. Ich verstehe natürlich, dass die Realisten politisch Wünschenswertes für unrealistisch halten. Sie werden, auch wenn sie in europapolitischer Verantwortung stehen, national gewählt, und sie wünschen sich für ihre Politik möglichst große nationale Zustimmung – auch wenn sie zu Zerwürfnissen und Krisen in der Gemeinschaft führt. Das ist es, was wir gegenwärtig erleben: eine Realpolitik, die geschichtsblind und phantasielos ist. Und deshalb real gefährlich.

Das erklärt noch nicht, warum ein Europa der Regionen wünschenswert wäre.

Es geht bei dem europäischen Einigungswerk um die Überwindung des Nationalismus, langfristig um die Überwindung der Nationen. Das ist begründet in historischer Erfahrung, aber auch durch die dynamische Globalisierung, also die Zertrümmerung nationaler Grenzen und Souveränität. So viele Menschen fürchten sich vor der Globalisierung, zugleich halten sie den größten Kämpfer gegen Globalisierung für verrückt, nämlich Trump. Sie verteidigen ihren Nationalismus gegen die EU, aber halten den Nationalismus von Trump mit seiner America-First-Politik für lächerlich. Also, was jetzt?

Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Wenn wir anerkennen, dass die EU vernünftigerweise ein nachnationales Projekt ist, dann werden wir andere politische Verwaltungseinheiten brauchen als bisher. Und da bieten sich logisch die Regionen an. Regionen sind älter als Nationen, Kultur-

räume, die konkrete Identität stiften, während nationale Identität doch nur Fiktion ist. Regionen konnten nie durch nationale Leitkultur oder nationale Vereinheitlichungsversuche gebrochen werden, denken Sie nur an Tirol: da wurde quer durch eine willkürliche nationale Grenze gezogen, aber Tirol ist Tirol. Die EU hat den Vereinheitlichungsanspruch der Nationen nicht. Sie sieht in der Vielfalt ihren Reichtum. Die Regionen haben überschaubare Größen, was die Möglichkeit politischer Teilnahme erhöht. Und ein Europa der Regionen würde endlich auch den Gleichheitsgrundsatz verwirklichen: Heute macht es einen enormen Unterschied, ob ich Bürger einer großen, ökonomisch starken, politisch einflussreichen Nation bin oder eines armen Kleinstaats. Europa als Netzwerk von Regionen unter dem Dach einer gemeinsamen Republik, das heißt Anerkennung der Vielfalt zu gleichen Bedingungen. Das war der Traum von Victor Hugo, das war die erfahrungsgesättigte Vision von Jean Monnet, das ist die steckengebliebene Entwicklung der letzten sechzig Jahre.

Ich sagte ja: sympathisch und stellenweise verführerisch! Leider hat mir Katalonien den Regionaloptimismus ausgetrieben. Wir haben es da nämlich mit Nationalismus, Egoismus und Demagogie zu tun. Ist nicht doch etwas dran an Ralf Dahrendorfs These, die größere Einheit – der Nationalstaat – biete den größten Raum für Freiheit und Diversität?

Wie können Sie allen Ernstes sagen, die größere Einheit biete den größten Raum für Freiheit und Diversität, wenn es in Europa Nationalstaaten gibt, die weniger Einwohner haben als Frankfurt? Dahrendorf hatte seinen Satz auf Deutschland gemünzt. Die Länder brauchen einen gemeinsamen Rechtszustand, gemeinsame Rahmenbedingungen: die Bundesrepublik. Aber das ist nicht das Ende der Geschichte. Der nächste Schritt ist die Herstellung eines gemeinsamen Rechtszustands für die Länder Europas.

Ich glaube, Dahrendorf warnte vor der zu kleinen Einheit, die nicht in der Lage sei, die größtmögliche Freiheit für verschiedene Kulturen, Sprachen, Ethnien zu garantieren. Vielleicht müssen wir prüfen, ob wir denselben Aufsatz meinen.

Warten Sie! Wenn Sie den Nationalismus am Beispiel Katalonien ansprechen, das muss auch ausgeräumt werden: Spanien ist ein Nationalstaat, und in Madrid sitzt die nationale Regierung. Stimmt? Gut. Die nationale Regierung schiebt die Fuerzas Armadas – das sind die nationalen Streitkräfte, oder? – in eine Region! Und Sie nennen nicht die nationale Regierung, die aus der Hauptstadt der Nation das nationale Heer schiebt, sondern die Menschen der Region Nationalisten? Das finde ich komisch.

Warum? So, wie Deutschland die Bundeswehr schicken müsste, wenn bayerische Nationalisten mehr Zulauf hätten und so tollkühn wären wie Puigdemont. Die Katalanen haben 1978 mit großer Mehrheit für die spanische Verfassung und das Statut ihrer Autonomen Region gestimmt. Wenn jetzt knapp die Hälfte aller Katalanen etwas anderes will, die Regeln des Rechtsstaats bricht und die Interessen der anderen Hälfte missachtet, finde ich das nicht lustig. Spanien ist im Recht.

Spanien ist im Recht des Rechts der Nation. Dass immer mehr Regionen aus Na-

tionalstaaten rauswollen, zeigt nicht einen Nationalismus im Kleinen, sondern dass Nationen nicht mehr funktionieren. Im Lissabon-Vertrag ist das Europa der Regionen perspektivisch festgeschrieben. Aber im Europäischen Rat sitzen die nationalen Staats- und Regierungschefs und verteidigen ihre Nationen. Sie tun das gegen den Geist und die Idee des Europäischen Einigungsprojekts. Denken Sie an die Schotten: Beim Unabhängigkeitsreferendum war die Mehrheit zunächst für den Austritt aus UK. Darauf sagte Barroso: Dann seid ihr draußen aus der EU. Wir wissen heute, dass sich deswegen fast zwanzig Prozent drehten und für Remain stimmten – weil sie in der EU bleiben wollten! Die Nationalisten in London provozierten den Brexit. Und jetzt werden die Schotten, die bleiben wollten, aus der EU rauskatapultiert, also betrogen. Werden Sie, Herr Ingendaay, das nächste Mal, wenn die Schotten ein Referendum darüber abhalten, ob sie raus aus dem Vereinigten Königreich wollen, weil sie in der nachnationalen EU sein wollen, werden Sie dann sagen: furchtbar, dieser schottische Nationalismus?

Nein, der schottische Nationalismus ist ein historischer Sonderfall. Eine ehemalige Nation hat sich freiwillig unter das Dach des Vereinigten Königreichs begeben. Kommt nicht so oft vor. Der schottische Nationalismus betrifft Kultur, Lebensart, friedlich gelebte Differenz.

Die Geschichte ist voll von Sonderfällen. Wenn wir sie ordnen, gibt es immer Ja-aber-Einwände.

Schon 2013 haben Sie und Ulrike Guérot gegen die Nationalismen die „transnationale Demokratie“ ins Feld geführt. Erzählen Sie uns von Ihrer Aktion – und welchen Schub für die Demokratie Sie sich davon versprechen?

Wir werden im kommenden November die Europäische Republik ausrufen. Es ist höchste Zeit, diesen Schritt weiter zu gehen: zu einer gesamteuropäischen Staatlichkeit, die endlich den ersten Satz der allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1789 verwirklicht: Alle Menschen sind frei und gleich in ihren Rechten geboren. Dieses Versprechen ist noch immer nicht eingelöst, nicht zuletzt, weil die nationalen Pragmatiker die Umsetzung für unmöglich halten. Aber es ist unerträglich, dass in Europa die Menschen verschiedener Länder verschieden guten Zugang zu Sozialleistungen und zu Bildung haben, verschieden gut im Alter abgesichert sind, verschieden hohe Steuern zahlen. Es ist unerträglich, dass die Stimmen der Menschen in Europa, je nach Mitgliedsstaat, mehr oder weniger Gewicht in Hinblick auf die Entscheidungen haben, die in der Union getroffen werden. Aber sie alle dürfen sich europäische Bürger und Bürgerinnen nennen. Das ist grotesk. Und es ist unerträglich, dass die Krisen des nachnationalen Europas von jenen gemanagt werden und nie gelöst werden können, die diese Krisen durch nationalen Eigensinn unentwegt heraufbeschwören und wieder einmal zu Schlafwandlern werden.

Wenn jemand Sie einen europäischen Träumer nennt, was antworten Sie?

Das wäre okay. Aber Schlafwandler europäische Realisten zu nennen ist eine Bedrohung. Robert Menasse, geboren 1954 in Wien, erhielt im vergangenen Jahr für seinen Roman „Die Hauptstadt“ den Deutschen Buchpreis.

Das Gespräch führte Paul Ingendaay.

Marx? Geschenk!

Freundschaftsgeste oder Machtdemonstration: Zu oktroyierten Statuen-Schenkungen

Ein Höhepunkt unter den Gedenkveranstaltungen zum zweihundertsten Geburtstag von Karl Marx war die Errichtung einer Monumentalstatue in seiner Vaterstadt Trier. Die gut fünf Meter hohe Bronzeplastik wurde vor Hunderten von Ehren Gästen enthüllt. Das Werk des Bildhauers Wu Weishan war ein Geschenk der Volksrepublik China.

Die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, bekannte: „Das Geschenk aus China empfinde ich als eine Säule und Brücke der Partnerschaft.“ Sie verkennt dabei: Die Chinesen haben sich dieses Geschenk selbst gemacht. Die konventionelle Plastik richtet sich hauptsächlich an chinesische Touristen, die sich vor dem Denkmal fotografieren möchten. Als Kulisse benötigen sie eine monumentale Figur mit hohem Wiedererkennungswert. Bereits jetzt besuchen 50 000 chinesische Touristen jährlich die Heimatstadt von Marx. Gelockt von Mehreinnahmen durch diesen Tourismus, bietet die Bundesrepublik eine Bühne für die chinesische Selbstinszenierung und Selbstvergewisserung. Obwohl am Geburtsort von Marx plaziert, ist Wu Weishans Plastik im Deutschland der Gegenwart ein Fremdkörper, etwas von außen Aufgezwungenes, es handelt sich bei beiden Ländern ja nicht um ideologisch verwandte Regimes wie weiland die DDR oder die Sowjetunion.

Für dieses Danaergeschenk finden sich bemerkenswerte Parallelen in der Geschichte. So erhielt die ostdeutsche Industriestadt Chemnitz, die zuvor in Karl-Marx-Stadt umbenannt worden war, von der Sowjetunion gratis eine vierzig Tonnen schwere Marx-Bronzebüste. Ihr Schöpfer war der Bildhauer Lew Kerbel, der sich mit Heldendenkmalen für die Rote Armee einen Namen gemacht hatte, und der über persönliche Beziehungen zu Staats- und Parteichef Erich Honecker verfügte. Die Chemnitzer Marx-Büste wurde in Leningrad gegossen, zerlegt und in der DDR wieder zusammengesetzt. Am 9. Oktober 1971 wehte sie der Künstler in Anwesenheit von Honecker, Robert-Jean

Longuet, dem Urenkel von Marx und weiteren Ehren Gästen ein. Fast eine Viertelmillion Menschen hatte bot DDR als Jubelkulisse für die Demonstration der deutsch-sowjetischen Freundschaft auf. Nach dem Fall der Mauer nahm Chemnitz seinen alten Namen an, doch das Denkmal blieb als touristisches Alleinstellungsmerkmal der Stadt erhalten. Zusammen mit einem gigantischen Lenin-Kopf im sibirischen Ulan-Ude gilt es als größte Personensbüste der Welt. Der wichtige Marx-Schädel wirkt heute wie ein rätselhafter Meteorit aus einer fremden Welt, einge-



Karl-Marx-Büsten als Kolonialgeschenk der DDR für Äthiopien Foto Verlag Franz Steiner

schlagen im Hier und Jetzt. Auf den Einwand des damaligen Stadtbaudirektors Karl Joachim Beuchel, der riesige Bronze-Kopf auf einem graniten Sockel gestellt erschrecke womöglich selbst die besten Kommunisten, hatte Kerbel entgegnet: „Karl Marx braucht keine Beine, keine Hände, sein Kopf sagt alles.“ Riesenplastiken wie diese waren Geschenke und Machtdemonstrationen zugleich, Geschenke, die man nicht ablehnen konnte – symbolisierten sie doch die Vormachtstellung der Sowjetunion in der DDR.

Die gleiche Methode wendete die DDR an, um einen Juniorpartner und Vasallen an sich zu binden. So spendierte die DDR dem sozialistischen Militärregime Äthiopiens eine monumentale Marx-Büste. Die Denkmalsschenkung anlässlich der Grün-

derung einer „Äthiopischen Arbeiterpartei“ sollte das strategische Bündnis mit der DDR festigen und symbolisieren. Der Bildhauer Jo Jastram versah einen fünf Meter hohen Steinblock aus rotem Meißner Granit mit einem schildartigen Relief mit Marx' Gesichtszügen. Das Denkmal wurde in der DDR in Teilen vorproduziert, die durch die Ladeluke von Transportflugzeugen passten. Die Hoffnungen der DDR, aus Äthiopien günstig Rohstoffe beziehen zu können, erfüllte sich nur teilweise, doch Honecker feierte das Marx-Monument bei der Einweihung 1984 als „heilige Stätte, die das Wachsen und Gedeihen des Sozialistischen Weltsystems“ versinnbildliche. Tausende äthiopischer Parteimitglieder und Militärangehöriger bejubelten den Staatsratsvorsitzenden in einstudierter Choreographie, und erzeugten bei Honecker die Illusion, die DDR könne „Weltpolitik“ betreiben. Jastrams Marx-Denkmal überlebte die DDR und die Äthiopische Volksrepublik. Es steht noch heute, leicht angeschmuddelt, im Universitätsviertel von Addis Abeba.

Trier, Chemnitz, Addis Abeba – drei Schenkungen zeigen das gleiche Muster: Ein Kunstwerk wird im Exportland konzipiert, produziert und am Zielort von eigenen Fachleuten aufgebaut. So wird auch der eigene Kunstgeschmack exportiert, ohne Rücksicht auf die Traditionen und Mentalitäten des Gastlands. Trotzdem soll das Werk die „Völkerfreundschaft“ und Zusammenarbeit beider Länder symbolisieren. Der zu formende, zu erziehende Juniorpartner, das jeweilige „sozialistische Entwicklungsland“ erhält das Geschenk vom fortgeschrittenen „Großen Bruder“. Der Beschenkte ist eine Projektionsfläche für die Größenphantasien des Schenkenden. Im Fall Trier scheint Deutschland die Herabsetzung nicht wahrnehmen zu wollen, die hiermit verbunden ist – es spielt die Rolle des lernbedürftigen Juniorpartners. Manifestiert sich in dem oktroyierten Geschenk vielleicht das strategische Übergewicht des „Partners“ China? CHRISTIAN SAEHRENDT